

Christine Kiesenhofer
Bäckergasse 20b
2124 Niederkreuzstetten

Kreuzstetten, 17. Juli 2022

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Innere Verwaltung

Ihr Schreiben vom 10.6.22 IVW3-BE-3162801/015-2021

Sehr geehrte
sehr geehrte

ich habe auf die Reaktion des LVwG gewartet, dieses hat mit seiner [Erkenntnis vom 7. Juli 2022](#) den Bescheid des Bürgermeisters wegen Unzuständigkeit ersatzlos behoben.

Zu Ihrem Schreiben:

Grundverkauf der Marktgemeinde Kreuzstetten 2018

- „...die Investition kann ... nachvollzogen werden.“ Ich kann die Investition nicht nachvollziehen! Die 400.000 € wurden sicher nicht für den Straßenbau verwendet, dort wurden die Einnahmen im REAB 2020 lediglich **buchhalterisch verbucht**. Die **reale Verwendung der Einnahmen ist nicht ersichtlich**. Auf mein Schreiben vom 24.4.22: „Ich ersuche Sie um Information, wo der Überschuss von 421.019,34 €, als Ausgang unter 1/612000+729960 (im REAB 2020 [Straßenbau REAB 2020 Detailnachweis](#)) verbucht, am Bankkonto der Gemeinde zu finden ist oder wofür er physisch ausgegeben wurde; entsprechende Investitionen im Straßenbau sind 2020 und 2021 nicht erfolgt!“ habe ich leider keine Antwort bekommen. Ich ersuche nochmals darum!

Voranschlag 2022		Nachweis der Investitionstätigkeit							
Marktgemeinde Kreuzstetten									
Vorhaben	Vorhabenbezeichnung	RA Vorjahr	VA 2021	VA 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan Gesamt (gerundet)
1000020	Straßenbau (2020 bis 2025)	554 966,29	285 000,00	230 000,00	180 000,00	110 000,00	110 000,00	110 000,00	1 530 000,00
	Auszahlungen - Investitionen - Mittelverwendung	554 966,29	285 000,00	230 000,00	180 000,00	110 000,00	110 000,00	110 000,00	1 530 000,00
	Ausschüttungen oder Herstellungskosten	554 966,29	285 000,00	230 000,00	180 000,00	110 000,00	110 000,00	110 000,00	1 530 000,00
	6/612000-000000 Straßenbau	122 376,19	285 000,00	230 000,00	180 000,00	110 000,00	110 000,00	110 000,00	972 400,00
	6/612000-000000 Anlagen zu Straßenbauten	90 000,00	30 000,00	30 000,00	30 000,00	10 000,00	10 000,00	10 000,00	140 000,00
	6/612000-729960 Sonstige Aufwendungen -		35 000,00						35 000,00
	Überschüsse 2019								
	6/612000-729960 Rückstellung	352 590,14							352 590,00
	Rückstellungsgeldleistung lt. NÖ LR								
	Einzahlungen - Finanzierung - Mittelherkunft	545 600,29	291 000,00	200 000,00	133 000,00	101 000,00	101 000,00	101 000,00	1 582 600,00
	Mittel aus Gefällen aus der operativen Gekörnung	421 019,34	61 000,00	20 000,00	20 000,00	20 000,00	20 000,00	20 000,00	682 000,00
	6/612000-000000 Sonstige Vorhaben-Straßenbau	181 200,00	20 000,00	20 000,00	20 000,00	20 000,00	20 000,00	20 000,00	130 000,00
	6/612000-000000 Überschüsse Vorjahr	421 019,34	61 000,00						482 000,00
	Bedarfsbewehrungen	181 200,00	124 000,00	100 000,00	133 000,00	81 000,00	81 000,00	81 000,00	791 200,00
	6/612000-001100 Bedarfserhöhung	100 000,00	120 000,00	100 000,00	130 000,00	80 000,00	80 000,00	80 000,00	750 000,00
	6/612000-001100 Forderung EOPD	1 000,00	4 000,00	15 000,00	3 000,00	1 000,00	1 000,00	1 000,00	20 000,00
	Haushaltserlöse/Zahlungsmittelreserven	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Sonstige Kapitaltransfers und Subventionen	23 380,65	100 000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	123 380,00
	6/612000-000000 Kapitaltransfers von Bund,	23 380,65							23 380,00
	Bundesbank und								
	Bundesbanken								
	6/612000-000000 Transfers von Ländern,		100 000,00						100 000,00
	Landesbanken und								
	Landesbanken								
	Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Finanzierungsleasing	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Veräußerung langfristiges Vermögen und sonstiges	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Korrektur Einzahlungen VA 2021	0,00	103 200,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	103 200,00
Finanzierungsergebnis 1000020		40 634,00	105 200,00	-30 000,00	-27 000,00	-9 000,00	-9 000,00	-9 000,00	61 800,00
inklusive Vorjahr (gerundet)			145 800,00	115 800,00	88 800,00	79 800,00	70 800,00	61 800,00	

Im VA 2020 und 2021 sind keine Investitionen im Straßenbau zu finden (auch physisch im Ort nicht!), im REAB 2021 (Seite 187) und im VA 2022 ist die Verbuchung des Überschusses nicht mehr bei den Auszahlungen zu finden.

- „Der Vollständigkeit halber wird wiederholt darauf hingewiesen... innerhalb der gesetzlichen Schranken...“. Ich weise zum wiederholten Male auf die gesetzlichen Schranken in der NÖ GO hin: § 69 (2): Erträge aus Vermögensveräußerungen sind zur Instandhaltung des Gemeindevermögens, zur Schaffung neuer Vermögenswerte oder zur Tilgung bestehender Darlehensschulden zu verwenden. Für den Straßenbau wurden die Erträge nicht verwendet! Für andere neue Vermögenswerte auch nicht!

- Die „Auskunft“ des Bürgermeisters in seiner Antwort auf mein Auskunftsbegehren (drei Zeilen in sieben Seiten gefüllt mit Juristensprache) ist belegbar falsch: für Hochwasserschutzprojekte wurden 2018 bis 2020 knapp 40.000 € ausgegeben, für COVID-Maßnahmen wurden 200.000 € aus den (größtenteils schon vor dem Grundstücksverkauf) bestehenden Rücklagen verwendet, weil im März 2020 das Konto der Gemeinde schon vor Beginn der Pandemie im Minus war (1.1.2018 286.000 €, 1.1.2019 388.000 €, 1.1.2020 205.000 €, im März 2020 im Minus bzw. kaum über Null).

Beratungskosten im REAB 2021

- In der GR-Sitzung am 24.8.21 wurde in einem nicht-öffentlichen TO-Punkt 70.000 € an zusätzlichen Beratungskosten genehmigt. Die Öffentlichkeit/Bevölkerung darf davon nichts wissen!? Beim Beschluss des Voranschlags (NVA) darf die Öffentlichkeit lt. § 47 NÖ GO nicht ausgeschlossen werden. Im NVA 2021, beschlossen am 14.12.21, scheinen nur 40.000 € an Beratungskosten auf; im REAB 2021 wurden Beratungskosten in Höhe von 200.000 € beschlossen, der NVA also um 160.000 € überschritten. Im Bericht Gebarungseinschau wird darauf hingewiesen, dass überplanmäßige Ausgaben nur zulässig sind, wenn sie vom GR genehmigt wurden (siehe [Bericht des Prüfungsausschusses vom 8.4.2022](#); der **Beschluss in einer nicht-öffentlichen Sitzung ist für die Aufsichtsbehörde gesetzeskonform?**).
- in der GR-Sitzung vom 21.6.22 waren die Beratungskosten Thema in einem nicht-öffentlichen TO-Punkt. Die Bevölkerung darf wiederum nicht wissen, was hier besprochen/beschlossen wurde!
- „Dieses Aufsichtsrecht ist ... unter möglicher Schonung erworbener Rechte Dritter auszuüben...“ - mit dem Beschluss werden die Gemeinde/die Gemeindebürger geschädigt (gilt hier die mögliche Schonung der Rechte der Gemeindebürger nicht?), dafür sind die Gemeinderäte, die zugestimmt haben, vermutlich rechtlich haftbar.
- § 92 NÖ GO – die Aufsichtsbehörde hat die Gesetzmäßigkeit von Beschlüssen der Kollegialorgane zu prüfen! Der Beschluss des REAB 2021 entspricht nicht (wie von der Aufsichtsbehörde in der Gebarungseinschau kritisiert) dem NVA und damit den gesetzlichen Bestimmungen der GO.

Die Vorgangsweise des Bürgermeisters zur simplen Frage: „Wo ist das Geld?“ und die absurde Höhe der abseits des Voranschlags beschlossenen Beratungskosten im REAB 2021 lassen mich vermuten, dass etwas nicht in Ordnung ist (möglicherweise strafrechtlich relevant, es gilt die Unschuldsvermutung <https://kreuzstettenaktuell.com/2022/06/14/wo-ist-das-geld-geblieben>) Die Aufsichtsbehörde schweigt! Warum? Warum war in der Gebarungsprüfung 2021 der Verbleib der 2018 eingenommenen 400.000 € kein Thema? Warum werden absurde Beratungskosten abseits des Voranschlags akzeptiert?

Ich ersuche um baldigste Auskunft zur realen, physischen Verwendung der Überschüsse aus dem Grundstücksverkauf, die im REAB 2020 beim Straßenbau verbucht wurden.

Mit freundlichen Grüßen
Christine Kiesenhofer